

PROJEKTVORSTELLUNG: HERRSCHAFT UND EIGEN-SINN IN DER DIKTATUR.
STUDIEN ZUR GESELLSCHAFTSGESCHICHTE IN BERLIN-BRANDENBURG,
1945-1990

Thomas Lindenberger¹

1. *Probleme mit einer Gesellschaftsgeschichte der DDR*

Die DDR war eine „moderne Diktatur“: Der totalitäre Herrschaftsanspruch der Staatspartei reichte weit in alle Bereiche und Ebenen sozialer Beziehungen hinein und schloß rechtsstaatliche Garantien und Selbstbestimmung in den sozialen Beziehungen der Individuen weitgehend aus. Seine Umsetzung erforderte den kontinuierlichen Einsatz umfangreicher Repressionsmaßnahmen gegen politische Opponenten, weltanschauliche Dissidenten und kulturelle Nonkonformisten, aber auch die fortwährende Disziplinierung und autoritär-fürsorgliche „Erziehung“ der Mehrzahl der weniger „auffälligen“ Bürger und Bürgerinnen, und dies in einer arbeitsteiligen, differenzierten modernen Industriegesellschaft. Bis zu ihrem Ende war die Zugehörigkeit zum sowjetischen Herrschaftsbereich eine unabdingbare Voraussetzung für diese diktatorische „Durchherrschaft“ der DDR-Gesellschaft. Ist daher der Umkehrschluß zulässig, daß die über vier Jahrzehnte währende SED-Herrschaft in erster Linie und vor allem auf den „sowjetischen Bajonetten“ beruhte? Anders gefragt: Welche Rolle spielten neben dem *exogenen* Faktor der permanenten Gewaltdrohung durch die SU und ihre deutschen ‘Stellvertreter’ *endogene* Faktoren der Herrschaftssicherung, die in der Natur der sozialen Beziehungen selbst, in deren Eigendynamik im historischen Prozeß zu suchen sind?

Im Sinne dieser Fragestellung beabsichtigt das hier vorgestellte Projekt, durch eine Reihe von mikro- bzw. kulturhistorischen Analysen in der Region Berlin-Brandenburg einen Beitrag zur Gesellschaftsgeschichte der DDR zu leisten.

1.1. *Die Rede von der „abgestorbenen Gesellschaft“*

Aufgrund der umfassenden Herrschaftsansprüche der SED ist die Frage aufgeworfen worden, ob und in welchem Sinne „*Gesellschaft im*

¹ Diese Projektskizze geht auf Vorarbeiten einer Arbeitsgruppe am Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien zurück, der neben dem Autor Leonore Ansong, Volker Gransow, Sylvia Klötzer, Patrice Poutrus und Jörg Roesler angehörten.

Staatssozialismus“ überhaupt existierte. Intermediäre, auf der Ebene zwischen Staat und Individuen angesiedelte Instanzen und die relative Autonomie gesellschaftlicher Teilbereiche waren zumindest formell zugunsten einer allgegenwärtigen Parteiherrschaft aufgehoben. Partei und Staat hatten dieser zuletzt vor allem von Sigrid Meuschel entwickelten Sichtweise zufolge gesellschaftliche Kompetenzen so weit wie möglich usurpiert oder absorbiert. Entwicklung und Veränderung sozialer Strukturen und Beziehungen in der DDR waren daher in hohem Maße das Ergebnis politisch-diktatorischer Konstruktionsprozesse. „Es fand ein machtpolitisch durchgesetzter sozialer Entdifferenzierungsprozeß statt, der die ökonomischen, wissenschaftlichen, rechtlichen oder kulturellen Subsysteme ihrer Eigenständigkeit beraubte, ihre spezifischen Rationalitätskriterien außer Kraft setzte oder politisch-ideologisch überlagerte. Nicht der Staat starb ab im Verlauf der jahrzehntelangen Herrschaft der Partei, es handelte sich vielmehr um einen Prozeß des Absterbens der Gesellschaft.“²

Zugleich belegen dem Alltagswissen geläufige und durch die historische Erfahrung überlieferte Beispiele die faktischen *Grenzen der „Durchherrschaft“*: Die Lebensverhältnisse in der DDR gingen trotz ihrer Prägung durch diktatorische Herrschaft nicht in dieser auf. Begrenzungen der „Durchherrschaft“ der Gesellschaft sind vor allem auf folgenden zwei Ebenen zu vermuten:

1) Zum einen ist nach den *Grenzen der rein diktatorischen Steuerung*, die in erster Linie auf Gewalt und deren Androhung beruhte, zu fragen. Die SED suchte immer zugleich auch das „freiwillige“ Mitmachen der „Werk tätigen“ in ihre Herrschaftsausübung zu integrieren und durch Überzeugungsarbeit für sich zu gewinnen. Der SED-Slogan „Arbeite mit, plane mit, regiere mit“ stand für ein Demokratieverständnis, das nicht nur die objektive Divergenz von durch die Partei selbst repräsentierten kollektiven und individuellen Interessen autoritär verneinte, sondern zugleich durch breitgefächerte, aber immer in die Hierarchie des SED-Machtmonopols eingebundene Partizipationsmöglichkeiten eine möglichst enge „Verbundenheit“ zwischen Herrschenden und Beherrschten bewirken sollte. Die mit dieser Form politisch-sozialer Kontrolle verbundenen *erzieherischen* und *sozialpolitischen* Steuerungstechniken schufen notwendigerweise Bereiche und Situationen, in denen es weniger darum gehen konnte,

² Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989*, Frankfurt a. M. 1992, S. 10.

herrschaftskonformes Verhalten repressiv zu erzwingen, als durch Überreden, verdecktes Aushandeln, materielle Anreize, Ausnutzen von Passivität und Eigeninteressen indirekt zu bewirken.

2) Zum anderen ist nach Bereichen zu fragen, die Partei und Staat mit ihren Eingriffen nicht oder kaum erreichen konnten, weil sie – wie zum Beispiel die Kirchen – über einen besonderen Status verfügten oder als „privater“ „Rückzugsraum“ und „Nischen“ um der Minderung von Reibungsverlusten willen geduldet bzw. nur mit geringem Erfolg kontrolliert wurden.

Um Reichweite und Grenzen der diktatorischen Durchherrschaft zu rekonstruieren, ist es notwendig, die mit der Herrschaftsausübung verbundenen informellen Beziehungen zu untersuchen und auf die Mikroebene gesellschaftlicher Realität vorzudringen.³

1.2. *Geschichte „der“ DDR oder Geschichte der in der DDR lebenden Menschen?*

Die Unterscheidung von totalitären Herrschaftsansprüchen und alltäglicher Herrschaftswirklichkeit ist zugleich verknüpft mit der politisch-moralischen bzw. sinngebenden Dimension der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Betrachtungsweisen, die sich auf die Rekonstruktion der Funktionsweise von Herrschafts-Apparaten auf der zentralen Ebene beschränken, tendieren dazu, deren Strukturen und Handlungen mit dem Gegenstand „DDR“ ineinzusetzen, die „DDR“ als historischen Kollektivakteur auf ein Bündel von Partei- und Staatsapparaten zu reduzieren. Eine die *Diktaturerfahrung* „von unten“ ausdrücklich einbeziehende Perspektive hingegen ermöglicht die Frage danach, wie die in der DDR lebenden Menschen sich die von der SED oktroyierten Herrschaftsverhältnisse angeeignet, sie deuteten und wie sie sich ihnen gegenüber verhalten konnten. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, nicht die Geschichte „der“ DDR, sondern der in der DDR lebenden Menschen in den Mittelpunkt zu rücken. Diese Betrachtungsweise fragt nach dem *Sinn*, den das Leben in der DDR mit, neben oder gegen die Parteidiktatur für die dort und damals lebenden Menschen hatte, damit zugleich nach den *Möglichkeiten und*

³ S. dazu Ralph Jessen, *Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 21 (1995), S. 96-110.

Grenzen von Selbstbestimmung in der SBZ/DDR: Worin bestanden die trotz aller Durchherrschungs- und Ideologisierungsbestrebungen verbleibenden Freiräume und Chancen eines „eigenen“ Lebens innerhalb der SED-Diktatur? Letztlich geht es dabei um eine Perspektive aus der Sicht der einzelnen Menschen, die in der DDR lebten.

Damit will das hier vorgestellte Projekt angesichts der oftmals noch vorherrschenden unvermittelten Entgegensetzung von auf Herrschaftsapparate fixierter Diktaturgeschichte einerseits und apologetisch-nostalgischer Vergangenheitsverklärung andererseits zu einer differenzierten Betrachtungsweisen beitragen.

2. *Der konzeptionelle Rahmen*

Um mit den Methoden der Mikrohistorie bzw. einer als historischer Kulturwissenschaft verstandenen Sozialgeschichte⁴ die Reichweite und Grenzen staatssozialistischer Durchherrschung der sozialen Beziehungen zu analysieren, ist es notwendig, sowohl die konkrete Herrschaftsausübung (einschließlich ihrer institutionellen Voraussetzungen, (2.1.) als auch deren soziale Aneignung, Deutung und die damit verbundenen Sinngebungen für die beteiligten Akteure (2.2.) zu untersuchen.

2.1. *‘Herrschaft als soziale Praxis’*

Ausgangspunkt dieses Begriffs ist das auf Max Weber zurückgehende Verständnis von *Herrschaft als einem asymmetrischen Machtverhältnis*, das institutionell gefaßt, durch Zwangsmittel gesichert und zumindest in modernen Gesellschaften ideologisch legitimiert ist. Dieses Verständnis liegt auch den konkret-historischen Untersuchungen dieses Projektes zugrunde. Um den Gehalt des SED-Herrschaftsanspruchs und seine institutionelle Ausgestaltung in den verschiedenen historischen Konstellationen zu verstehen, ist daher zunächst die utopische Qualität des SED-Sozialismus als Projekt zur Errichtung einer neuen, gerechteren Gesellschaft zu berücksichtigen. Die Parteidiktatur muß als ein Versuch, vor allem mit Hilfe staatlich-repressiver Machtentfaltung die gesellschaftlichen Beziehungen bis in ihre feinsten Verästelungen hinein grundlegend umzugestalten, ernstgenommen werden. Zugleich ist in „Herrschaft als sozialer Pra-

⁴ S. Reinhard Sieder, Sozialgeschichte auf dem Weg zu einer historischen Kulturwissenschaft? in: *Geschichte und Gesellschaft* 20 (1994), S. 445-468.

xis“ eine über den Weber’schen Herrschaftsbegriff hinausgehende Betrachtungsweise von Herrschaft enthalten, die die wechselseitige Abhängigkeit der Herrschenden und Beherrschten betont und so der Tatsache, daß Herrschaft immer auch *Interaktion* ist und dauerhaft nur als solche existieren kann, Rechnung trägt.⁵ Die konkrete Ausübung von Herrschaft folgt demnach nicht ohne weiteres den durch ihre formalen Strukturen vorgegebenen Wegen. Sie ist zugleich von in sie eingelagerten informellen Strukturen und Handlungsweisen geprägt, die nicht auf die Logik des Befehlens und Gehorchens reduziert werden können. Als *soziale Praxis* betrachtet, handelt es sich immer zugleich auch um Prozesse des Gebens und Nehmens, der Kompromisse, die Verschiedenartiges einschließen: Kompensationen für Unterwerfung, „Resistenz“ (Broszat u. a.) oder „loyale Widerwilligkeit“ (Mallmann/Paul) ebenso wie gemeinsame Interessen und Wertvorstellungen von Herrschenden und Beherrschten, vor allem gegenüber Außenstehenden. Bezogen auf die SBZ/DDR bedeutet das: Ein sozialhistorischer Ansatz muß sich nicht nur mit den dem Konzept der „Diktatur des Proletariats“ entsprechenden Kontroll- und Repressionsmechanismen, sondern auch mit der Vielfalt informeller und indirekter Formen der Herrschaftspraxis, ihre unterschiedliche Ausgestaltung an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten auseinandersetzen.

Im Sinne des Verständnisses von „Herrschaft als sozialer Praxis“ kommt es im Projekt darauf an, ausgehend von den Herrschaftsstrukturen der SED-Diktatur die *alltäglichen Beziehungen der Apparate und Funktionäre mit der Bevölkerung* zu rekonstruieren, um so zu Aussagen über die Art und den Grad der Umsetzung von Herrschaftsintentionen zu gelangen. Die faktische „Durchherrschung“ einer Gesellschaft zeigt sich gerade in einer Diktatur erst an den vielfältigen Grenzstellen der Herrschaftsinstitutionen, und das heißt vor allem in der alltäglichen Machtausübung in den institutionell und räumlich begrenzten Handlungsfeldern der Vielen. Wahrnehmung und Deutung von Herrschaft auf dieser Ebene waren für die politische Stabilität eines nur bedingt durch Zustimmung legitimierten, wenn nicht weitgehend abgelehnten Regimes von ausschlaggebender Bedeutung. Um das ambivalente Verhalten der Menschen in der DDR in seiner Vielschichtigkeit zu verstehen, versucht das Projekt diese unterste Ebene diktatorischer Herrschaft zu rekonstruieren.

⁵ Vgl. Alf Lüdtke, Einleitung, in: ders. (Hg.), *Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien*, Göttingen 1991.

2.2. 'Eigen-Sinn'

In der hier vorgeschlagenen Verwendungsweise darf dieser in der jüngeren Diskussion durchaus nicht unumstrittene Begriff *nicht* als das verdinglichte Gegenstück zum SED-Herrschaftsanspruch, als monolithischer Sammelbegriff für das Gegenhalten der „kleinen Leute“ mißverstanden werden.⁶ Es geht hier nicht um ein simplifizierendes Gegeneinander von „der“ SED-Herrschaft und „dem“ Eigen-Sinn, sondern vielmehr um das Verhältnis eines bestimmten Typus von Interaktionen („Herrschaft als soziale Praxis“) und den für die Akteure damit verbundenen Möglichkeiten der *Sinn-Gebung* und *Sinn-Gewinnung*. Der auf die potentielle Vielfalt und Mehrdeutigkeit von praktizierten Haltungen abzielende Begriff ist gewissermaßen im Plural zu denken; genaugenommen geht es hier um die möglichen „Eigen-Sinne“ der in der DDR lebenden Menschen oder um das „Eigen-Sinnige“ in ihren Einstellungen und Verhaltensweisen. Das Spektrum der als „eigen-sinnig“ zu charakterisierenden Deutungsweisen und Handlungsmotive ist daher in sich widersprüchlich. Es reicht von egoistischer Nutzung der Möglichkeiten einer aktiven 'Mitarbeit' über äußerlich loyales, aber innerlich distanzierendes Verhalten bis hin zu passiven Formen der Verweigerung, zu offener Dissidenz und Gegenwehr. Entscheidendes Kriterium für die Verwendung dieses Begriffs ist *nicht* die unmittelbare Funktionalität für die Aufrechterhaltung oder Überwindung von Herrschaft, sondern der Aspekt der *Aneignung und Deutung von Herrschaftsstrukturen* durch die handelnden Individuen. „Eigen-Sinn“ zielt auf die *Differenz* zwischen dem herrschaftlich intendierten und meist ideologisch definierten Sinn von Ordnungen, erzwungenen Verhaltensweisen und Verboten einerseits, und der je eigenen Bedeutung, die die Individuen in diese Handlungen hineinlegen und die ihnen die Möglichkeit zur inneren wie äußeren Distanznahme eröffnet, andererseits. „Eigen-Sinn“ kann demnach in Widerstand *gegen* Vereinnahmungen und Aktivierungsversuche „von oben“ in den alltäglichen Beziehungen wie auch in der großen Politik münden, kann aber auch in der gezielten Nutzung und damit Reproduktion *systemkonformer* Handlungsweisen bestehen, indem

⁶ Siehe Alf Lüdke, *Eigen-Sinn*, Hamburg 1993 und die Diskussion dieses Begriffs bei Geoff Eley, *Geschichte der Arbeiterbewegung – Sozialgeschichte – Alltagsgeschichte: Erfahrung, Kultur und die Politik des Alltags. Eine neue Richtung für die deutsche Sozialgeschichte?*, in: ders.: *Wilhelminismus, Nationalismus, Faschismus. Zur historischen Kontinuität in Deutschland*. A. d. Engl. übers. v. Reinhart Köbber. Münster 1991, S. 251-296 sowie die Kontroverse zwischen Geoff Eley und Eric D. Weitz in *WerkstattGeschichte* Nr. 10 (1995); S. 57-64.

sie für „eigen-sinnige“ Individuen einen anderen – und sei es nur zusätzlichen – „Sinn“ beinhalten als den der offiziellen Ideologie.⁷

2.3. Die „Grenzen der Durchherrschaft“ und ihre Bedeutung für die Reproduktion diktatorischer Herrschaftsstrukturen

Die Kombination der Zugangsweisen „Herrschaft als soziale Praxis“ und „Eigen-Sinn“ ermöglicht es, die verschiedensten Bereiche des sozialen Lebens in der DDR zu untersuchen. Einige Beispiele: In den Kernbereichen der Vergesellschaftung in der DDR, den Betrieben in Industrie und Landwirtschaft mit ihren breit angelegten sozialen Dienstleistungen und ihren „sozialistischen Brigaden“, ging es um weitaus mehr als um Planerfüllung, es ging auch um das Aushandeln und Vermitteln ökonomischer, sozialer und kultureller Interessen und Bedürfnisse.⁸ Ferner wären die breitgefächerten (An-)Gebote der „gesellschaftlichen Betätigung“ außerhalb der Betriebe zu nennen, mit denen SED, Staat und Massenorganisationen in der Regel auf Wohngebiets- oder kommunaler Ebene versuchten, die „Bürger“ und „Bürgerinnen“ für das „Mitregieren“ im engen Rahmen ihrer Vorgaben zu gewinnen. Auch die Aufforderung, sich an der durch Partei- und Staatsorgane inszenierten Öffentlichkeit über die Leistungen und Noch-nicht-Leistungen des Sozialismus konstruktiv-kritisch zu beteiligen, konnte zur Durchsetzung individueller Bedürfnisse, aber auch zu kaum verhohlenen Protest gegen notorische Mißstände genutzt werden, wie ein Blick in die nun zugänglichen Leserbriefsammlungen von Presse- und Rundfunkredaktionen oder die Eingaben an Partei und Staatsorgane zeigt. Schließlich war es trotz diktatorischer Herrschaftsausübung zu keiner Zeit der DDR-Existenz möglich, zu verhindern, daß sich Menschen einzeln oder in Gruppen gänzlich vom System abwandten, das Land verließen, sich in sozialer Isolierung von der Mehrheitsgesellschaft mit all ihren Konsequenzen „arrangierten“ oder in bedingt geschützten Räumen wie den Kirchen versuchten, nach eigenen Maßstäben zu leben und zu arbeiten.

Die Verknüpfung der Konzepte 'Herrschaft als soziale Praxis' und 'Eigen-Sinn' soll historische Rekonstruktionen derartiger konkreter Hand-

⁷ Siehe von vergleichbaren Erkenntnisinteressen her argumentierend zuletzt den Essay von Wolfgang Engler, *Die ungewollte Moderne. Individualisierung im Vergleich*, in: ders., *Die ungewollte Moderne. Ost-West-Passagen*, Frankfurt a. M. 1995, S. 31-84, der diese Problematik anhand eines Ost-West-Vergleichs von Individualisierungs-Prozessen diskutiert.

⁸ S. die Studie von Peter Hübner, *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970*, Berlin 1995.

lungsfelder in der realsozialistischen Diktatur jenseits des in der jüngeren Diskussion konstatierten Paradoxons von der „verschwundenen“ oder „stillgelegten“ Gesellschaft ermöglichen. Daran anschließend sind diese hinsichtlich ihrer *Funktion* für die Errichtung, den Ausbau und allmählichen Verfall der SED-Diktatur zu befragen. Dabei soll das Spannungsverhältnis zwischen diktatorischer Konstruktion sozialer Strukturen und Beziehungen einerseits und deren faktischen Grenzen in der sozialen Praxis andererseits hinsichtlich seines über das Herrschaftssystem der DDR hinausweisenden Potentials interpretiert werden.

Eine der dabei zu überprüfenden *Hypothesen* bezieht sich auf die Reproduzierbarkeit und relative Stabilisierung der Herrschaftsstrukturen in der DDR: Was geschah in Situationen und an Orten, wo die Parteiherrschaft angesichts fehlender intermediärer und indirekter Steuerungsmechanismen versagte oder fehlte? Gab es Problemlösungen, die *nicht* auf dem Wege des „demokratischen Zentralismus“ per Kommando, „Einzelleitung“ oder Gruppenbeschluß erzwungen oder vereinbart werden konnten: abseits oder im Schatten und in den Nischen der formalen und offiziellen Strukturen? Als Beispiel dafür, wie widersprüchlich diese Dimension der DDR-Wirklichkeit zu fassen ist, sei nur auf die Debatte um die Existenz oder Nichtexistenz von „Öffentlichkeit“ bzw. auf die Rede von „Teilöffentlichkeiten“ in der DDR hingewiesen.⁹ Es ließen sich vergleichbare Handlungsfelder nennen, die immer in einer prekären Balance zwischen Bevormundung und Ansätzen selbständigen Handelns existierten; auf ihre empirische Rekonstruktion zielt das hier vorgeschlagene Projekt. In diesem Sinne wäre allgemeiner nach mehr oder weniger informellen funktionalen *Äquivalenten* bzw. teilautonomen *Ersatz* (Kirche) für in der DDR nicht vorhandene zivilgesellschaftliche Institutionen zu fragen.

Ob und in welchem Ausmaß diesem Verständnis folgend zivilgesellschaftliche *Elemente* für die Errichtung, den Ausbau und den Verfall der „modernen Diktatur“ in der DDR von Bedeutung waren, soll an dieser Stelle nicht apriorisch unterstellt werden. Auf der einen Seite ist natürlich davon auszugehen, daß eine ‚Zivilgesellschaft‘ als relativ autonomes Ensemble sozialer Beziehungen im DDR-Staatssozialismus zu *keinem Zeitpunkt* existierte. Auf der anderen Seite ist nach der systematischen Entkoppelung von staatlich vereinnahmten Sozialbeziehungen und davon abgetrennten Beziehungen in der „Nischengesellschaft“ zu fragen. „Eigen-

sinnige“ Umgangsweisen mit den Herrschaftspraxen des SED-Staates und den durch ihn vorgegebenen Existenzbedingungen enthielten ein durchaus *ambivalentes* Potential: Sie konnten den totalitären Gestaltungsanspruch der Diktatur in bestimmten Handlungsfeldern begrenzen und so Bereiche des Aushandelns und der *relativen* Selbständigkeit sozialen Handelns ermöglichen, die ihre Interpretation als funktionales Äquivalent zivilgesellschaftlicher Elemente nahelegen. „Eigen-Sinn“ konnte ebenso in der konsequenten, aber dennoch angepaßten Trennung des „Offiziellen“ vom „Privaten“, im Doppelleben einer widersprüchlichen Dissoziation von Individuen und verstaatlichter Gesellschaft münden. Dieser Rückzug in die Nische und in das Private – so ließe sich argumentieren – griff auf die mentalen Traditionsbestände der obrigkeitshörigen un-politischen Kultur in Deutschland zurück und setzte sie zugleich in einer neuen, dem Staat gegenüber wesentlich distanzierteren Weise fort.

3. *Quellengrundlagen und Forschungsmethoden*

In Verbindung mit dem regionalgeschichtlichen Bezug des Projektes wird eine *Verbindung von Struktur- und Alltagsgeschichte* angestrebt. In den Einzelprojekten werden darüber hinaus in Abhängigkeit vom jeweiligen Gegenstand verschiedene Forschungsansätze benachbarter Disziplinen in unterschiedlichem Ausmaß zum Tragen kommen. Dazu gehören die Methoden der Oral History und der Mikrohistorie, Ansätze des New Historicism, der Industriesoziologie und der Konsumgeschichte. Dementsprechend reichen die auszuwertenden Quellen von den in den einschlägigen Archiven aufbewahrten Akten von Partei- und Staatsapparaten über literarische und künstlerische Zeugnisse bis hin zu mündlichen Quellen, die aus teilstandardisierten und lebensgeschichtlich-narrativen Interviews mit Zeitzeugen hervorgehen werden.

Der regionale Zugang:

Um den oben ausgeführten Fragestellungen nachzugehen, ist es erforderlich, den Horizont des Staat und Gesellschaft organisierenden Machtzentrums zu verlassen und Handlungsebenen und Betrachtungsweisen aufzusuchen bzw. zu rekonstruieren, die die empirisch gehaltvolle, „dichte“ Analyse (und nicht lediglich das theoretische Postulieren) des spannungsvollen Verhältnisses von Herrschaftspraxis und „Eigen-Sinn“ erlauben. Dieser den theoretischen und methodologischen Prämissen der Alltags- bzw. Mikrogeschichte zugrundeliegende Perspektivwechsel kann

⁹ Siehe dazu auch die Vorstellung des Projekts „Geschichte als Herrschaftsdiskurs“ in diesem Heft sowie zuletzt Simone Barck, Martina Langermann, Jörg Requate, Kommunikative Strukturen, Medien und Öffentlichkeiten in der DDR, in: Berliner Debatte INITIAL 4/5 (1995), S.25-38.

durch die Wahl von einzelnen Untersuchungsgegenständen auf der *lokalen* Ebene und in Verbindung damit durch die Konzentration auf begrenzte institutionelle Handlungsfelder erreicht werden. Die *regionale* Begrenzung des Projektzusammenhangs hat eine doppelte Funktion: Sie dient zunächst dazu, den historisch-konkreten Zusammenhang derartiger Einzelstudien zu ermöglichen. Dafür bietet sich der Raum *Berlin/Brandenburg* als Kerngebiet der DDR an. Schon aus forschungspragmatischen Gründen der Gegensatzvielfalt, Überschaubarkeit und Typik sowie der sorgfältigen Quellenarbeit ist eine solche Konzentration unerlässlich. Darüber hinaus ermöglicht diese Region Untersuchungen zu einigen für die Existenz der DDR zentralen Themen: die Beziehungen zwischen (Haupt-) Stadt und flachem Land bzw. von Zentrale und „Provinz“, das Verhältnis von Innovation und Tradition in einem Teil der DDR, der von einer rückständigen Agrarregion zum Standort moderner Großindustrien entwickelt wurde, die Prägung der alltäglichen Lebensbedingungen durch die unmittelbare Nachbarschaft zum Westen und die dadurch bedingten Kontroll- und Disziplinierungspraktiken, die Präsenz intellektueller, künstlerischer und alternativer Subkulturen in städtischen Zentren.

Zugleich erschöpft sich der Bezug des Projektes auf die Regionalgeschichte aber nicht im rein pragmatischen Erfordernis einer Gegenstands-begrenzung. Vielmehr gilt es in den Einzeluntersuchungen, deren Untersuchungsgegenstände durchweg in *Teilregionen* von Berlin-Brandenburg angesiedelt sind, die Dimension des Regionalen selbst als Ergebnis sozialer Deutungs- und Aneignungsprozesse zu thematisieren. Ob planwirtschaftliche Investitionslenkung und administrative Raumplanung tatsächlich für die von DDR-Bürgern „gelebten“ Regionen ausschlaggebend waren oder nicht, in welchen konkreten räumlichen Bezügen sie gesellschaftliche Wirklichkeit erfuhren und dabei ggf. mehrere regionale Identitäten herausbildeten, kann nicht vorab entschieden werden. Vielmehr bietet das Spiel der Differenzen zwischen staatlich vorgegebener Raumordnung und gelebter regionaler Wirklichkeit die Möglichkeit, das Verhältnis von Herrschaft und Eigen-Sinn in konkreten lebensweltlichen Bezügen festzumachen. Hingegen ist ausdrücklich *keine* „flächen-deckende“ oder „lückenlose“ Sozialgeschichte Berlin-Brandenburgs im Staatssozialismus angestrebt. Die Forschungsergebnisse sollen vielmehr durch ihren exemplarischen Charakter und durch ihre theoretischen und methodologischen Prämissen in generalisierbare Aussagen über das Verhältnis von „Herrschaft und Eigen-Sinn“ in der DDR als einem staatssozialistischen System münden. – *West-Berlin* ist nur als die DDR in ihrer

Existenz im allgemeinen sowie Ost-Berlin und das Umland strukturell prägender Faktor in die Untersuchung einzubeziehen.

Zwei Dimensionen sozialer Wirklichkeit

Um vor dem Hintergrund des breiten Spektrums von Forschungsmethoden und Zugangsweisen den Bezug der Einzelprojekte auf die gemeinsamen Fragestellungen und theoretischen Voraussetzungen zu gewährleisten, ist es notwendig, für den Gegenstand jedes Einzelvorhabens die folgenden zwei Dimensionen sozialer Wirklichkeit *analytisch* voneinander zu unterscheiden und in der Themenstellung auszuweisen:

- *die Dimension von Herrschaftsstrukturen und Herrschaftspraxis*: der Gestaltungswille und die Gehalte einheitssozialistischer Diktatur, ihre Ausformulierung in konkreten Situationen und Zeiträumen einschließlich der damit jeweils verbundenen konkreten ideologischen Gehalte einerseits; die Umsetzung dieser Herrschaftsansprüche in der Interaktion von Herrschenden und Beherrschten im Alltag andererseits.
- *die Dimension der Aneignung und Deutung sozialer Wirklichkeit*: das umfaßt die individuellen und eigen-sinnigen Wahrnehmungen, Erfahrungen und Verhaltensweisen sowie deren mentale Hintergründe in Arbeit und Freizeit, offizieller und privater Sphäre.

Die empirischen Befunde sind in Hinsicht auf das *Ausmaß bzw. die Begrenzung diktatorischer Durchherrschaft* der Gesellschaft in der DDR zu diskutieren. Das Handeln der Individuen und Gruppen innerhalb und außerhalb von offiziellen Organisationen, Institutionen und Handlungsfeldern muß dabei in seinen vielfältigen Bedeutungen interpretiert werden: Einerseits als Rudimente, Ersatz- und Keimformen von in engen Grenzen selbständigen Beziehungen der Bürger und Bürgerinnen untereinander, die sowohl Defizite der diktatorischen Gesellschaftssteuerung kompensieren als auch durch deren Infragestellung das Spannungspotential des Systems erhöhen konnten; andererseits als Formen des stillen *Arrangements* zwischen der Diktatur und den von ihr Beherrschten, die die Interessen und Bedürfnisse der Menschen systematisch aus dem „offiziellen“ Leben abdrängten und individualisierten.

4. *Aufbau des Projekts, Einbettung*

Im späteren Verlauf des Vorhabens ist eine Erweiterung des Projekts durch die Einbeziehung *komparativer Fragestellungen* angestrebt. Sie soll entsprechend den spezifischen Untersuchungsgegenständen der Einzelprojekte den Vergleich mit der Sozialgeschichte der BRD, mit anderen Regionen der DDR, und insbesondere mit anderen modernen Diktaturen (Drittes Reich, Ost- und Mitteleuropa, aber auch außereuropäische Diktaturen) ermöglichen.

Die Ergebnisse des Projekts sollen in zwei Schritten präsentiert werden: Ein zum Ende des ersten Förderungszeitraums (1997) fertiggestellter *Sammelband* wird die übergreifenden theoretischen und methodologischen Grundannahmen des Projekts sowie erste Ergebnisse ihrer Operationalisierung und empirischen Erprobung an Fallbeispielen aus den Themenfeldern aller Bearbeiter/innen enthalten. Außerdem werden für diese Veröffentlichung auch Beiträge von auswärtigen Kooperationspartner/innen, die das Projektvorhaben thematisch und/oder konzeptionell sinnvoll ergänzen, einbezogen. Im darauffolgenden Förderungszeitraum konzentriert sich die Präsentation der Ergebnisse auf die Erstellung von *Monographien* der einzelnen Bearbeiter/innen zu ihren jeweiligen Themenfeldern.

5. *Die Einzelprojekte*

Leonore Ansgor: Frauen auf dem Lande: Erwerbstätigkeit und Lebensweisen in der Prignitz (1968 – 1989)

Das Teilprojekt hat die durch staatliche Strukturpolitik forcierte weibliche Erwerbstätigkeit auf dem Lande in ihren Auswirkungen auf die Lebensweise von Frauen zum Gegenstand.

Bezogen auf eine Region in der Mark Brandenburg, die Prignitz, soll die Praxis der SED-Frauenpolitik mit ihrem Anspruch auf Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau analysiert und in Konfrontation mit den Traditionen und Mentalitäten der ländlichen Gesellschaft beschrieben werden. Dabei wird die Widersprüchlichkeit sozialer Förderung von Frauen einerseits und deren ökonomische und politische Grenzen andererseits untersucht. Am Beispiel der an Frauen gerichteten Bildungs- und Qualifizierungsoffensive sollen die realen Umsetzungschancen dieser Politik geprüft und dabei entstehende Konflikte auf der Grundlage von

Untersuchungen von Betrieben der Industrie und Landwirtschaft thematisiert werden. In diesem Kontext gilt es, das Spannungsfeld von sozialer Aufstiegs- und Diktaturerfahrung der Frauen zu erforschen.

Folgende Fragestellungen strukturieren die Untersuchung:

1. Wie erfolgte die Umsetzung der SED-Frauenpolitik in bezug auf die Durchsetzung der Erwerbstätigkeit von Frauen auf dem Lande und mit welchen Bildungs- und Qualifizierungsangeboten waren sie verbunden?
2. Inwiefern ging die Erschließung neuer Erwerbsmöglichkeiten mit einer sozialen Gleichstellung von Männern und Frauen im Erwerbsleben einher und welche Folgen ergaben sich daraus für die Geschlechterbeziehungen in der ländlichen Gesellschaft?
3. In welchem Maße wurden die Förderungsangebote des Staates als eigene Gestaltungs- und Entwicklungsräume von Frauen genutzt und an welchen Punkten kollidierten Herrschaftsansprüche mit Fraueninteressen?
4. Welche inoffiziellen Formen des Arrangements und der Kompromisse existierten auf betrieblicher Ebene und welche Auswirkungen hatten diese Erfahrungen für die Einbindung der Frauen in das Herrschaftssystem?

Sylvia Klötzer: Risse im Plattenbau, Abschied von Marx: Satirische Presse und Kabarett in der Ära Honecker.

Das Teilprojekt gilt der Rekonstruktion von DDR-Satire in der Ära Honecker. Es konzentriert sich auf ihre Ausformung in politisch-ideologischer Herrschaftspraxis sowie im Umgang mit Herrschaftsanforderungen. Exemplarisch im Raum Berlin-Brandenburg sollen Fallstudien zu zwei verschiedenen Bereichen – Presse (*Eulenspiegel*) und Kabarett (*Potsdamer Kabarett am Obelisk*) – erstellt werden, in denen untersucht wird, wie sich Satire in der permanenten Verhandlung zwischen Parteiideologien, Satire-Produzenten und (Lese)Publikum konstituierte. Ziel dieser Rekonstruktion ist es, einen Teilbereich von DDR-Alltagskultur zu erschließen. Satire soll als Seismograph für die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen von SED-Herrschaft dienen. Damit verknüpft ist die Frage nach der Funktion von Satire, ihrem Potential zur Systemstabilisierung, Systemkorrektur sowie Systemveränderung sowie danach, inwieweit Spielräume satirischer Kritik ausgeschöpft oder warum darauf verzichtet wurde. In diesem

Zusammenhang wird auch das Vermögen von DDR-Satire zu untersuchen sein, eine „Teil-Öffentlichkeit“ herzustellen.

Schwerpunkte der Analyse sind:

1. Die Dimension ideologisch definierter Parteiherrschaft und Herrschaftspraxis: Die Rekonstruktion der Produktionsvoraussetzungen von Pressesatire sowie Kabarett-Produktionen (ideologische Prämissen, Relevanz dieser Prämissen).
2. Die Dimension der Deutung und Aneignung von Herrschaft: Mentalitäten, Erfahrungen und soziale Bedeutungen: Der Umgang mit Vorgaben (Konzentration auf die Beteiligten).
3. Die satirischen Texte: Wirklichkeits-Konstruktion, das Be-Deuten von Alltag, beförderte (Vor-)Urteile und (Rollen-)Klischee, dominante Objekte, Leerstellen.

**Thomas Lindenberger: Die „enge Verbindung zur Bevölkerung“
oder: Öffentliche Ordnung, Sicherheit und Disziplin(ierung).
Die Deutsche Volkspolizei vor Ort, 1952-1968**

Das Teilprojekt versteht sich als Beitrag zur *Sozialgeschichte der Polizei in einer modernen Diktatur*. Ausgehend vom umfassenden Kontrollanspruch und politischen Gestaltungsauftrag des DDR-Polizeiapparats werden deren Umsetzung anhand lokal eingrenzbarer, aber für die DDR in der Phase des „Aufbaus des Sozialismus“ charakteristischer Problemfelder der öffentlichen Ordnung und Sicherheit untersucht: die „sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft“, die Überwachung bzw. Verhinderung von Kontakten mit dem Westen in den Gemeinden entlang der Grenze zu Westberlin und an der Interzonenstrecke, Probleme der öffentlichen Ordnung und Sicherheit auf den Großbaustellen des sozialistischen Aufbaus sowie die Disziplinierung aufbegehrender Jugendlicher in den Städten. Die Untersuchung dieser „Brennpunkte“ polizeilicher Arbeit soll die Verknüpfung zwischen routinemäßiger, alltäglicher Ordnungssicherung und dem dabei speziell von der Polizei zu erbringenden Beitrag zur politisch-gesellschaftlichen Entwicklung im Sinne der SED-Diktatur herausarbeiten.

Folgende Aspekte staatssozialistischer Herrschaftsausübung stehen dabei im Mittelpunkt des Interesses:

1. Die alltägliche polizeilich-repressive Kontrolle sozialer Beziehungen in wirtschaftlichen und politischen Institutionen, Vereinen und anderen Gruppen als einer Grenzstelle im Verhältnis Staat-Individuum, die Rückschlüsse auf die Reichweite und Grenzen der staatlichen Durchherrschung in der staatssozialistischen Diktatur erlaubt.

2. Die vielgestaltigen „freiwilligen“ Partizipationsformen der DDR-Bürger an Polizeiaufgaben im weitesten Sinne, deren Akzeptanz, Verweigerung oder Ausnutzung hinsichtlich eines eigen-sinnigen Umgangs von DDR-Bewohnern mit „ihrem“ Staat und der von ihm geprägten sozialen Wirklichkeit befragt werden können.

**Patrice Poutrus: Die Erfindung des „Goldbroilers“.
Eine Studie zur Herrschaftssicherung durch Konsumententwicklung
in der DDR. (1958 – 1965)**

Das Projekt untersucht anhand der Entstehungsgeschichte des „Goldbroilers“, der dem westdeutschen „Wienerwald“ vergleichbaren DDR-Brathähnchen-Restaurantkette, folgendes zunächst paradox anmutende Phänomen: Wie konnte es dazu kommen, daß die staatliche Planwirtschaft bei der Überwindung einer selbst herbeigeführten Ernährungskrise in Ansätzen eine öffentliche Konsumkultur entstehen ließ, die bei der DDR-Bevölkerung zugleich Erwartungen und Hoffnungen auf eine Wohlstandsentwicklung nach westlichem Vorbild nährte? Dabei wird entsprechend kulturwissenschaftlichen und konsumgeschichtlichen Forschungsansätzen davon ausgegangen, daß Konsumenten bei Aneignung und Verbrauch von Produkten und Dienstleistungen Sinnbezüge und Bedeutungen für sich herstellen und erleben, die sich nicht notwendigerweise mit den Intentionen der Anbieter decken. In diesem Sinne wird anhand des vielschichtigen Beispiels „Goldbroiler“ das Verhältnis von ideologisch motivierter Wirtschafts- und Versorgungspolitik der SED-Diktatur und eigen-sinniger Umgangsweise mit deren Endprodukten durch DDR-Verbraucher analysiert.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Ende der fünfziger Jahre entstandene Krise bei der Versorgung mit Fleisch. Auf Initiative der SED war in dieser Zeit in der Landwirtschaft die systematische kalte Enteignung der mittleren und großen bäuerlichen Betriebe durch die Zwangskollektivierung betrieben worden, was unter anderem zu einem bedeutenden Rückgang bei den landwirtschaftlichen Erträgen, besonders bei Fleisch, geführt hatte. Im ländlich geprägten DDR-Verwaltungsbezirk Frankfurt/

Oder entstanden in der folgenden Zeit zahlreiche rein staatliche Großbetriebe für Geflügelzucht. Für diese Betriebe, die „Kombinate für industrielle Mastzucht“ (KIM), wurde ein besonderes Frauenberufsbild, der Geflügel- und Kleintierzüchterin, entwickelt. Der Absatz des Geflügelfleisches wurde durch eine eigene Kampagne zur gesunden Ernährung sowie durch den Aufbau von reinen Brathähnchenrestaurants mit dem eigentümlichen Namen „Goldbroiler“ forciert. Diese Form des Restaurantessens zu allgemein erschwinglichen Preisen weist Parallelen mit ähnlichen Entwicklungen der Konsumkultur in westeuropäischen Ländern auf, die auch als Symbole der Wohlstandsentwicklung in der Nachkriegszeit verstanden wurden.

Die Arbeit untersucht deshalb zuerst die doppelte Vorgeschichte dieser Entwicklung:

1. die politischen Entscheidungsprozesse, die zur Substituierung von Rind- und Schweinefleisch durch Geflügel führten;
2. die ökonomischen und sozialen Folgen im Bereich der Landwirtschaft.

Diese Fragestellungen zielen auf die DDR-spezifischen, von vergleichbaren Entwicklungen in der marktwirtschaftlichen Bundesrepublik grundsätzlich verschiedenen Voraussetzungen des „Goldbroilers“. Im Zentrum der Untersuchung stehen dann

3. die Auswirkungen auf den Konsumstil und die Wohlstandserwartungen der ostdeutschen Bevölkerung.